

Stellungnahme der CDU-Fraktion im Dresdner Stadtrat zur Vorlage V1566/17 "Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden"

Die CDU-Fraktion lehnt die Vorlage V1566/17 "Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden" (2017 - 2022) (im Folgenden LHP) ab. Wir empfehlen der Stadtverwaltung, die Vorlage zurückzuziehen und grundlegend zu überarbeiten.

Zu den Gründen:

1. Das vorliegende Handlungsprogramm offenbart einen seiner größten Mängel bereits zu Beginn: Es fehlt eine klare Analyse der Probleme (Welche Missstände existieren und woran lassen sich diese in der Dresdner Stadtgesellschaft erkennen?) und eine daraus abgeleitete Zielstellung (Was will ich deshalb womit erreichen?). Stattdessen gibt es Aneinanderreihungen von gewichtigen Schlagworten, wie „Rassismus“, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Rechtspopulismus“ usw., die allesamt undefiniert im Raum stehen. Ein nachvollziehbares Herunterbrechen auf die Ebene der Stadt und eine genaue aktuelle Analyse der derzeitigen Situation in der Stadt insgesamt sowie deren Beschreibung lassen sich dem Programm nicht entnehmen.

Wie die Autoren des LHP beispielsweise zu solchen Einschätzungen der Hauptprobleme unserer Stadt kommen, ist weder methodisch noch anderweitig nachvollziehbar:

„Dazu kommen eine Art ‚sächsischer Chauvinismus‘, der mit einer ‚Selbsterhöhung der eigenen Gruppe‘ und der Beanspruchung von ‚Etabliertenvorrechten‘ einhergeht sowie ein über Generationen hinweg gepflegter ‚Opfermythos‘.“ (LHP, Seite 6)

„Menschenfeindliche Haltungen, vor allem die Ablehnung und Anfeindung von Migrantinnen und Migranten, geflüchteten und asylsuchenden Menschen, Musliminnen und Muslimen, aber auch Facetten sexistischer, homophober Einstellungsmuster und ein Beanspruchen von Vorrechten etablierter Bevölkerungsgruppen gegenüber anderen prägen spürbar das alltägliche Miteinander im Stadtraum, öffentliche Debatten und teils auch politische Diskurse.“ (LHP, Seite 5)

Das in den Vordergrund gerückte Beispiel PEGIDA als Aufhänger bestätigt das Problem einer nur unzureichend geklärten Handlungsgrundlage, zumal auch insgesamt der PEGIDA-Bewegung eine überragende Bedeutung beigemessen wird. Die Ursachen dieser Protestbewegung, ihre aktuelle Bedeutung wie auch andere aktuelle Entwicklungen werden im Programm nicht oder weit weniger berücksichtigt. (Siehe dazu auch Punkt 4.)

Als die damalige Oberbürgermeisterin Helma Orosz im Jahr 2009 das erste Lokale Handlungsprogramm vorlegte, hatte dieses das Ziel, der zunehmenden Instrumentalisierung unserer Stadt durch Extremisten – vornehmlich um den Jahrestag der Bombardierung unsere Stadt herum – etwas entgegen zu setzen. Dieses „alte“ LHP setzte sich bereits im Titel FÜR Demokratie und Toleranz und GEGEN Extremismus ein. In der jetzt vorliegenden Fortschreibung des LHP ist davon nicht viel übrig geblieben. Der Kampf gegen den Extremismus ist aus dem Titel des neuen LHP verschwunden. Dieses spricht jetzt davon, dass „wir“ Demokratie entfalten, der Nachsatz betont, dass sich das Programm für „Weltoffenheit und Vielfalt“ einsetzt.

Bereits dieser Titel legt offen, dass die Handlungsnotwendigkeiten in unserer Stadt von den Autoren nicht erkannt wurden. Vielfalt und Weltoffenheit sind sicher Eigenschaften, die eine Großstadt in unserer heutigen Welt braucht, um sich gut zu behaupten. Aber: Die Herausforderung aus unserer Sicht heißt: Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf der Basis gemeinsamer WERTE - in Vielfalt und Weltoffenheit. Demokratie ohne Wertefundament ist gefährlich, weil schnell auch Mehrheiten für sehr Zweifelhafte gefunden werden können. Ein Lokales Handlungsprogramm ohne Rückgriff auf gemeinsame Werte (naheliegender wäre unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, die leider im LHP gar nicht vorkommt) kann niemals die Ziele erreichen, die mit ihm verbunden werden.

Der Versuch des Programms, in Ermangelung eines Bezugs auf gemeinsame Werte z.B. des Grundgesetzes stattdessen „Vielfalt“ als Wert zu etablieren¹, ist nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern offenbart auch die ideologisch bedingte Schiefelage dieses Teils der theoretischen Basis des LHP. Wer meint, Rechtsstaat durch Weltoffenheit und Grundrechte durch Vielfalt ersetzen zu können, verkennt die Problemlage unserer Stadt und steuert auf gefährliche Abgründe zu.

Ist insofern schon auf der theoretischen Ebene unklar, wer die Zielgruppe des LHP ist und was durch dieses erreicht werden soll, kommt hinzu, dass die empfundenen Probleme nicht durch belastbare Daten oder sonstige empirische Anhaltspunkte systematisch diskutiert werden. In der Folge können die tatsächlichen oder vermeintlichen Probleme ihrer Größe nach überhaupt nicht eingeschätzt werden. Wie aber sollen dann Mittler- und Handlungsziele auch nur annähernd evaluiert werden?

Die fehlende genaue Beschreibung der Zielgruppe und der Handlungsgrundlagen geht zudem mit oftmals fehlenden Definitionen für die verwendeten Begriffe des Handlungsprogrammes und deren Verhältnis zueinander einher. Das setzt sich weiter fort beim Bezug der Ziele und Maßnahmen: Die Mittlerziele werden nicht auf die Handlungsziele bezogen, und die Handlungsziele werden nicht auf die Maßnahmen bezogen. So entsteht keine Matrix, mit der sich für alle strategisch-taktischen Zwecke klar erkennen ließe, was für welche Zwecke geplant wird. Evaluation selbst in geringster Form wird so unmöglich.

2. Aus unserer Sicht ist auch der intellektuelle Unterbau des Programms kritikwürdig. Zum Einen, weil dieser maßgeblich auf einer Interpretation der Theorie der "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" basiert, deren Bekämpfung der Hauptschwerpunkt des Programms zu sein scheint. Die Verwendung dieses Begriffs ist allerdings uneinheitlich und unklar. Die im LHP benutzten Verwendungen des Begriffs der "Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" sind so weit gefasst, dass diese „Menschenfeindlichkeit“ auf alles bezogen werden kann, was auch nur im Verdacht steht, „konservativ“, „reaktionär“, „asylkritisch“, „(markt)liberal“ oder „fortschrittsfeindlich“ zu sein und erstreckt sich sogar schon auf eine "ablehnende Einstellung" gegenüber der Theorie des Gender Mainstreaming (LHP, Seite 5). Als eine Art Substrat oder Essenz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird PEGIDA betrachtet, wobei sich das LHP selten die Mühe macht, die PEGIDA-Bewegung differenziert zu betrachten, sondern die sonst kritisierten Gruppeneigenschaftszuschreibungen selbst vornimmt.

Das theoretische Konstrukt der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ ist aus unserer Sicht ungeeignet, die praktischen Probleme unserer Stadt zu erkennen und anzugehen. Vielmehr kann man aufgrund der Begriffsverwendung davon ausgehen, dass das LHP selbst Ausdruck gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber den Kritikern des Zeitgeschehens ist. Sehr treffend hat das Problem des Konstrukts der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ der CSU-Innenexperte Dr. Florian Herrmann dargelegt:

"Der Begriff ist völlig ungeeignet um die Grundlage für präventive und repressive staatliche Maßnahmen zu sein. Soziologische Theoriendebatten gehören in den akademischen Elfenbeinturm, bieten aber keine Antwort auf die Herausforderungen der Praxis, die den Ansprüchen des Rechtsstaates standhalten müssen. Die auf diesem Begriff basierenden sog. "MitteStudien" sind nicht seriös, sondern ausgesprochene linke Kampfschriften gegen liberale und konservative Auffassungen unserer Gesellschaftsordnung."

Zum anderen postuliert das LHP einen Gesellschaftsentwurf, der für alle Menschen überall die gleichen Rechte vorsieht, als genuinen Wert (der selbst die Basis für jeden weiteren Dialog bilden

¹ LHP: Seite 13: „Folgende Werte wurden bei der Fortschreibung des Aktionsplans als grundlegend erachtet: (...) • Anerkennung von Vielfalt als Wert“

soll; dazu später mehr). Es verkennt dabei, dass ein solcher Gesellschaftsentwurf selbst Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen sein muss.

Das LHP vermittelt an einer Reihe von Punkten den Eindruck, es wolle an der Überwindung bestehender Grenzen und Etablierung bzw. Ausweitung universeller Rechte für alle Menschen mitwirken. Ob man dieses Ziel Supranationalismus, Universalismus oder anders nennt, kann zunächst dahingestellt bleiben. Es deckt sich allerdings weitgehend mit den Zielen der Ende der 90er Jahre gegründeten No-Borders-Bewegung. Trotzdem es nirgendwo im LHP explizit so dargelegt wurde, legen doch eine Reihe von Aussagen den Verdacht nahe, dass auch diese universalistische Gesellschaftsvorstellung zu den theoretischen Grundpfeilern des Programms gehört. So postuliert das LHP (wohl gemerkt für die Stadt Dresden) einen fairen und gerechten Ressourcenzugang für alle Menschen:

„Bestehende soziale Ungleichheiten sollen abgebaut und Beteiligungs- sowie Chancengerechtigkeit verstärkt gefördert werden. Das heißt, **für alle Menschen** soll ein fairer und gerechter Zugang zu Ressourcen gewährleistet sein.“ (LHP, Seite 10)

Das „Beanspruchen von Vorrechten etablierter Bevölkerungsgruppen gegenüber anderen“ wird als Merkmal gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betrachtet (Seite 5).

Gleich mehrfach betont das LHP, dass die Grundlage jeden Dialogs die Anerkennung des universellen Menschenrechtsprinzips ist (hier nur ein Bsp.):

„Das heißt, dass künftige Maßnahmen zur Bekämpfung fremdenfeindlicher, diskriminierender, antidemokratischer Haltungen und Handlungen auch die gegenwärtigen sozialen Desintegrationsprozesse und kollektiven Ängsten sowie Vorurteilen mit ihren Ursachen in den Blick nehmen müssen und diesen auch ein Platz im demokratischen und politischen Diskurs eingeräumt werden sollte, dessen zentrale Basis das **universelle Menschenrechtsprinzip** ist.“ (LHP, Seite 6)

ohne jedoch dieses „universellen Menschenrechtsprinzip“ zu definieren. Das Vorläuferpapier des LHP (die Vorlage zur Fortschreibung des Programms, V0450/15) war hier noch deutlicher:

„Diskriminierende Verhaltensweisen, die sich im legalen Rahmen bewegen, prägen das gesellschaftliche Klima entscheidend. Das Ausnutzen einer rechtlich abgesicherten Ungleichbehandlung auf Grundlage legaler Unterscheidungen (Deutsche / aus dem Ausland Stammende, EU-Angehörige / Drittstaatsangehörige, Arbeitsmigrantinnen und Migranten / Flüchtlinge, Aufenthaltsstatus), widerspricht jedoch dem Anliegen des LHP für Toleranz. Hier gilt es Maßnahmen bis in die lokale Ebene durchzuführen, um solche diskriminierenden Ansichten abzubauen.“ (V0450/15, Seite 4)

Konkret heißt das: Grundannahme des LHP ist, dass alle Menschen gleich sind und deshalb auch überall die gleichen Rechte haben sollen. Dazu passt, dass das LHP konsequent nicht zwischen Kriegsflüchtlingen, Asylbewerbern, Asylberechtigten, Geduldeten, Ausreisepflichtigen, EU-Bürgern, Stipendiaten usw. usf. unterscheidet, die „Willkommenskultur“ aber der „unentschlossenen Mitte“, staatlich gefördert, näher gebracht werden sollte:

„Ein handlungsweisendes Fazit einer repräsentativen Studie der Technischen Universität Dresden zum Thema Asyl ist aber auch, dass ein großer Teil der Dresdner Bevölkerung zwar für eine offene Willkommenskultur steht, es jedoch eine große Gruppe der „unentschlossenen Mitte“ gibt, die keine politische Position bezieht. Laut den Autoren der Studie müssen diese Menschen von der Politik und der Zivilgesellschaft verstärkt in den Blick genommen, für die Situation Asylsuchender sensibilisiert und als Zielgruppe politischer Bildung begriffen werden“ (LHP, Seite 6)

Um die Integration ALLER Anwesenden (Einwohnerinnen und Einwohner) zu fördern, wird sogar der Inklusionsbegriff erweitert:

„Im Kontext des Lokalen Handlungsprogramms wird der Begriff Inklusion in einem weiteren Sinne verwendet und bezieht sich auf alle benachteiligten Menschen und Gruppen, die vor unterschiedlichen sozialen Barrieren stehen und von Ausgrenzung und Ausschluss betroffen oder bedroht sind.“ (LHP, Seite 15)

Dem wird denn auch ein ganzes Handlungsfeld gewidmet:

„Förderung von gesamtgesellschaftlicher Integration hin zur inklusiven Gesellschaft:

Inklusion verfolgt das Ziel eines gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen und Leistungen sowie einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Inklusion geht somit über Integration als die Einbindung in soziale Beziehungssysteme und Netzwerke hinaus.“ (ebd.)

Dieser Gesellschaftsentwurf einer grenzenlosen Welt, in der Alle überall die gleichen Rechte haben, hat in einem kommunalen Handlungsprogramm nichts verloren. Höchsten vielleicht noch als einer von einer Reihe von Gesellschaftsentwürfen, um die demokratisch gerungen werden soll. Dabei ist es völlig unerheblich, ob man sich eine solche Welt, in der alle Menschen überall die gleichen Rechte haben, wünschen würde. Zunächst reicht es festzustellen: Die Welt ist im Moment schlicht und ergreifend nicht so. Und wir als Kommune haben sehr begrenzte Möglichkeiten, daran etwas zu ändern.

Weiterführend kann man dann erkennen, dass es gute Gründe gibt, bspw. nicht allen Menschen dieser Welt gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem zu gewähren. Wir müssen hier differenzieren, um dieses Versorgungsangebot überhaupt aufrechterhalten zu können (es ließen sich hier eine ganze Reihe weiterer Beispiele aufführen). Wenn nun aber das Handlungsprogramm – wohlgemerkt für die Stadt Dresden – solche Differenzierungen als „Etabliertenvorrechte“ geißelt, verwechselt es die tatsächliche Realität mit einer Gesellschaftsutopie – und wirkt dadurch ziemlich weltfremd.

Noch einmal: Es geht nicht darum, die Utopie zu kritisieren, darüber kann man gern leidenschaftlich streiten, es geht darum dass das LHP diese Utopie als Grundlage und Bedingung des gesellschaftlichen Dialogs verstanden wissen will und damit jeden, der nicht die Ansicht vertritt, dass alle Menschen überall die gleichen Rechte haben (sollen), aus dem gesellschaftlichen Dialog ausschließt. Hier wird das ideologische Weltbild der Autoren über demokratische Grundprinzipien unserer Gesellschaft erhoben.

3. Formulierungen im LHP, wonach fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Haltungen „bis in die Mitte der Gesellschaft“ verbreitet sind (LHP, S. 5, S. 11), grenzen Personen aus eben dieser Mitte der Gesellschaft, die allerdings andere Ansichten als die Autoren des LHP haben, aus dem gesellschaftlichen Diskurs aus. Das LHP unterstellt diesen Personen partiell mindestens menschenfeindliche Gesinnungen, ohne dies auch nur ansatzweise zu begründen. Somit kann das Handlungsprogramm seinen Anspruch, den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern, nicht einlösen, sondern im Gegenteil, es verhindert diesen von vornherein.

PEGIDA-Mitglieder/Sympathisanten/Demonstrationsteilnehmer werden im LHP weitgehend gleichgesetzt und in Summe als „Antidemokraten“ gesehen, die alle unter einer Definition „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ subsumiert werden. Eine solche Pauschalisierung ist nicht nur falsch, sondern definiert gleichzeitig ein Feindbild, gegen das sich die Maßnahmen des Handlungsprogramms offensichtlich zu richten haben. Insofern sind diese Personen schon von vornherein von diesem als gesamtstädtischen Prozess geplanten Programm ausgeschlossen. Sie gelten allenfalls noch als Objekt, auf das die Bemühungen vorgeblich demokratischer „Umerziehung“ gerichtet sind. Die wenigen Stellen, an denen die PEGIDA-Bewegung im Ansatz differenziert betrachtet wird, werden wiederum dazu genutzt, der bürgerlichen Mitte „antidemokratische Haltungen“ zu unterstellen:

„Die Tatsache, dass es sich nach überwiegender Auffassung bei den mit PEGIDA Sympathisierenden mehrheitlich nicht um die extremen bzw. extremistischen Randgruppen der Bevölkerung handelt und diese nur einen marginalen Teil der Bewegung stellen, zeigt deutlich, dass fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Ressentiments in der Gesellschaft stark verbreitet sind und antidemokratische Haltungen bis weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft reichen.“ (LHP, Seite 5)

„Damit bildet PEGIDA auch die weit in der Gesellschaft verwurzelten fremdenfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Ressentiments ab.“ (ebd.)

Bemerkenswert ist, dass das LHP auch hier klare Definitionen, was denn z.B. unter „fremdenfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Ressentiments“ zu verstehen sei, konsequent vermeidet.

4. Das LHP fokussiert insgesamt zu stark auf die PEGIDA-Bewegung und deren Umfeld (bzw. „den Rechtspopulismus“) und verliert dadurch andere gesellschaftlich problematische Tendenzen aus dem Blick.

Die PEGIDA-Demonstrationen sind (bis auf sehr wenige Ausnahmen) immer friedlich verlaufen. Gleichwohl man die dort vertretenen Thesen oder die Hauptakteure ablehnen mag, nehmen die dort Demonstrierenden ihr grundgesetzlich verbürgtes Recht auf freie Meinungsäußerung wahr. Die Teilnehmer und Sympathisanten dieser Demonstrationen zu diskreditieren führt dazu, einen mehr oder weniger großen Teil unserer Stadtbevölkerung vom gesellschaftlichen Dialog auszuschließen (siehe auch Punkt 3), die man gemäß Selbstanspruch des LHP ja eigentlich für einen solchen Dialog gewinnen will. Das vorliegende LHP diskreditiert aber diejenigen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben allein aufgrund des Inhalts der vertretenen Meinungen. Das ist quasi die Quintessenz einer antidemokratischen Gesinnung, die das LHP ja eher in der Mitte der Gesellschaft zu erkennen glaubt.

„Auch wenn PEGIDA zwischenzeitlich längst nicht mehr die anfänglichen Teilnehmerszahlen erreicht, kann sie ‚als Gefahr für die Demokratie oder als Symptom ihrer Degeneration interpretiert werden, da sie in einem pathologischen Verhältnis zur demokratischen Ordnung steht‘ (Vorländer et al. 2016, S. 145)⁴. Dies geht mit einem parallelen Anstieg von politisch und insbesondere rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Dresden und Sachsen einher.“ (LHP, Seite 6)

„Anlässlich der ‚Strategiekonferenz der Dresdner Zivilgesellschaft zum Umgang mit PEGIDA‘ Anfang 2016 wurde über Möglichkeiten des weiteren Handelns gegen die Protestbewegung und menschenfeindliche Phänomene diskutiert. Generell wurde deutlich, dass gegen Gruppenbezogene Menschen- wie auch Demokratiefeindlichkeit nicht nur lokal, sondern vor allem auch strukturell mit den ihnen zu Grunde liegenden Ursachen vorgegangen werden muss.“ (LHP, Seite 12)

Im Gegensatz zu den PEGIDA-Demonstrationen widmet der Sächsische Verfassungsschutzbericht den Organisatoren und Teilnehmern von Demonstrationen GEGEN PEGIDA gleich mehrere Seiten (VSB2016, S. 216ff, S. 222f und insb. S. 240ff). Eine ganze Reihe von Straftaten bis hin zu Brandstiftungen wird linksextremistischen Teilnehmern dieser Gegendemonstrationen zur Last gelegt. Über die Bedrohung unserer Gesellschaft durch Linksextremisten schweigt sich das LHP in der vorliegenden Form allerdings aus. Das SMI weist für 2015 auf 559 Gewaltstraftaten hin, von denen 213 dem Bereich PMK-rechts- und 292 dem Bereich PMK -links- zuzuordnen sind. Im Jahr 2014 standen 86 Gewaltstraftaten von „rechts“ 157 Gewaltstraftaten von „links“ gegenüber. Im Jahr 2016 kehrte sich der Trend um und 102 linken Gewalttaten in Sachsen standen 201 rechtsextreme Gewalttaten gegenüber. Die aktuellen linken Gewaltexzesse in Hamburg zeigen deutlich, dass von einer Entwarnung gegenüber dem linksextremistischen Lager noch lange keine Rede sein kann. Das soll rechte Straftaten nicht verharmlosen, aber auch am linken Rand ist viel Arbeit notwendig – ein LHP, welches nahezu ausschließlich auf „Rechtspopulismus“ zielt, muss zwangsläufig unvollständig bleiben und verfehlt damit sein selbst gestecktes Ziel.

Ausgeblendet wird leider auch die besorgniserregende Zunahme von religiösem Extremismus. Gerade die Ausbreitung der extremistischen Muslimbruderschaft, die ja insbesondere auch die Landeshauptstadt Dresden in Form der „Sächsischen Begegnungsstätte gUG“ vor neue Herausforderungen stellt, sollte in einem LHP wie wir es uns vorstellen, berücksichtigt werden. Dass das Wirken für Toleranz des „alten“ LHP im neuen Titel gestrichen wurde, scheint hier als Menetekel fortzuwirken.

Ebenso unberücksichtigt bleiben Expansionsbestrebungen von nichtdeutschen Extremisten. Der Sächsischen Staatsregierung liegen beispielsweise Erkenntnisse vor, dass (deutsche) Linksextremisten

gemeinsam mit Anhängern der PKK zeitlich begrenzte und ereignisbezogene öffentliche Aktionen durchführen oder diese unterstützen. Die Ortsgruppen Dresden und Leipzig der trotzkistischen Jugendorganisation REVOLUTION bildeten 2015 zusammen mit Mitgliedern der Ciwanön Azad einen internationalistischen Jugendblock anlässlich der Gegendemonstration „Herz statt Hetze“ gegen eine Veranstaltung der PEGIDA am 19. Oktober 2015 in Dresden. Ciwanön Azad wird als Unterorganisationen der PKK im Freistaat Sachsen gewertet. Auch hierauf bleibt das LHP nicht nur eine Antwort schuldig – es wird nicht einmal eine solche Frage gestellt. Womit wir direkt wieder an Punkt 1, Problemdiagnose, anschließen können. Das LHP lobt vielmehr das „Entgegentreten“ gegen Meinungen, die (ohne Begründung) als „menschenverachtende Ideologien“ gebrandmarkt werden: „Bei all den problematischen Entwicklungen in Dresden ist es aber auch wichtig zu betonen, dass sich hier in den letzten Monaten aktive, von der Bevölkerung getragene Bündnisse und Initiativen etabliert haben, die Demokratie und Weltoffenheit vorleben, menschenverachtenden Ideologien und Handlungen entgegentreten und sich auf vielfältige Art und Weise ehrenamtlich für geflüchtete Menschen und die Gestaltung eines offenen, menschenrechtsorientierten Gemeinwesens engagieren.“ (LHP, Seite 6)

5. Die Fortschreibung des LHP in der jetzt vorliegenden Form stößt auf deutliche Ablehnung in der Bevölkerung.

Das Lokale Handlungsprogramm wurde in allen Ortsbeiräten und Ortschaftsräten der Landeshauptstadt Dresden beraten und führte dort größtenteils zu kontroversen Diskussionen. Die oben aufgeführten Kritikpunkte gehen zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Kritik aus den Beiräten zurück. In acht dieser Gremien wurde das LHP in der vorliegenden Form abgelehnt, in fünf hat es nur sehr knappe Mehrheiten erhalten. Dies zeigt deutlich, dass das LHP in dieser Form nicht nur nichts zum Gelingen eines gesellschaftlichen Austausches beiträgt, sondern im Gegenteil, die Spannungen in unserer Stadtgesellschaft sogar noch verschärft. Dieses LHP vergrößert den Riss, der durch unsere Stadt geht sogar noch, statt ihn zu überwinden.

Stimmen aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten:

„Es muss vor der Fortschreibung eine Analyse erstellt werden, was bisher erreicht wurde, wie es erreicht wurde und mit welchen Mitteln. (...) Weiterhin müssen in das LHP Maßnahmen aufgenommen werden, die verhindern, dass Menschen über eine verzerrte Darstellung in den Medien denunziert und verunglimpft werden, so-wie es bereits heute übliche Praxis ist.

Die Bevölkerung muss vor Fortschreibung des LHP in die Definition der Ziele desselbigen stärker eingebunden werden, um eine deutlich stärkere Akzeptanz und Unterstützung in und durch die Bevölkerung zu generieren.“

„Der jährliche Aufwand von ca. 560.000 EUR ist mit zu wenig konkreten Maßnahmen untersetzt. Weiterhin fehlen den Ortschaftsräten klare Aussagen zu einer Evaluation der Leitziele. Wie soll der Erfolg/ der Misserfolg gemessen werden? Wer soll konkret mit der Vorlage arbeiten?“

Ein Programm von einer solchen gesellschaftlichen Tragweite mit nur wenigen Stimmen einer äußerst fragilen Stadtratsmehrheit und gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung durchzusetzen, dürfte den Unmut über elitäre Politikentscheidungen noch weiter steigern. Gesellschaftliche Herausforderungen bedürfen der Anstrengungen möglichst der ganzen Gesellschaft. Die Autoren wären gut beraten, sich um eine möglichst breite gesellschaftliche Mehrheit zu bemühen und das Programm entsprechend zu überarbeiten. Sollte das LHP in der vorliegenden Form tatsächlich von einer linken Mehrheit beschlossen werden, konterkariert dies alles, wofür sich das LHP angeblich einsetzen will.

Dieses Papier in der vorliegenden Form ist daher in keiner Weise geeignet, die gesellschaftlichen Probleme unserer Stadt zu lösen, sondern trägt vielmehr dazu bei, diese weiter zu verschärfen.